

Lehrende/Berufsausbildung/Wien/Österreich

Lehrerausbildung - Wieder mehr Praxis für Volksschullehrer geplant

Utl.: Neue Studienpläne ab Herbst 2025 mit verpflichtenden bildungspolitischen Schwerpunkten - Auch Umfang des Schülerkontakts wird festgeschrieben =

Wien (APA) - Mit der Reform der Lehrerausbildung sollen Volksschullehrer ab Herbst 2025 wieder praxisnäher ausgebildet werden. Die Studienpläne, die die Pädagogischen Hochschulen (PH) derzeit ausarbeiten, sollten "ganz stark darauf vorbereiten, vor welchen Herausforderungen Volksschullehrer heute stehen", so die Vorsitzende der PH-Rektorenkonferenz (RÖPH) Beatrix Karl am Mittwoch vor Journalisten. Erstmals ist gesetzlich verankert, welche Themenschwerpunkte in den Curricula stehen müssen.

Seit der letzten Reform der Lehrerausbildung vor zehn Jahren hätten sich die Welt und die Gesellschaft verändert, verwies Karl etwa auf Coronakrise, Ukrainekrieg, Flüchtlingsbewegungen und rasante Entwicklungen bei der Digitalisierung. Die Klassen seien auch deutlich diverser geworden, heute sitzen Kinder, die schon lesen können, neben solchen, die keinen Bleistift halten können. Dazu kämen Themen wie Deutschprobleme, Gewalt, fordernde Elternarbeit und der Anspruch, die Kinder individuell zu fördern.

Als Reaktion auf diese Herausforderungen sind im Gesetz für die neue Lehrerausbildung erstmals bildungspolitische Schwerpunkte fixiert, die jede PH in ihre Studienpläne aufnehmen muss - von Demokratiebildung über Inklusion und Diversität, Antisemitismusprävention bis zu Digitalisierung. Hintergrund davon ist eine Evaluierung der aktuellen Lehrerausbildung durch den Qualitätssicherungsrat (QSR) und eine Befragung von Junglehrern, bei der diese vor allem mehr Vorbereitung auf Elternarbeit, den Umgang mit Gewalt und mehr Praxis eingemahnt haben.

Wie sich das Stundenausmaß der Praxis konkret ändern wird, konnte Karl noch nicht sagen - die neuen Studienpläne müssen von den einzelnen PH erst bis spätestens Ende Juni 2025 erlassen werden, wobei der QSR schon davor mitredet. Ziel sei es jedenfalls, die Junglehrer gut auf die Herausforderungen der Praxis vorzubereiten. Die Praktika in den Schulen sollen noch ausführlicher werden, sollen durch Mentoren und begleitende Lehrveranstaltungen reflektiert werden und Praxiswissen soll auch in den Lehrveranstaltungen viel Platz bekommen. In den neuen Curricula muss laut Schnider außerdem genau festgeschrieben sein, wie viel Schülerkontakt die Studierenden haben und wie dieser danach reflektiert wird.

Bei den Themenschwerpunkten soll es laut Karl u.a. einen Fokus auf Inklusion geben. Seit 2015 gibt es keine eigene Sonderschullehrer-Ausbildung mehr, stattdessen kann man sich als Lehrer der Volksschule oder Sekundarstufe auf diesen Bereich spezialisieren. Inklusion soll von den PH stärker als andere Schwerpunkte weitergeführt werden, so Karl, damit die Bundesländer ihren Bedarf an Sonderpädagoginnen und -pädagogen decken können. Dabei, betonte Schnider, müsse man auch stärker als bisher auf Fort- und Weiterbildung setzen und die Lehrer für ihren ganz konkreten Bereich der Sonderpädagogik rüsten.

Neben inhaltlichen Änderungen bringt die Reform auch einen Umbau der Studienarchitektur. Ab dem Studienjahr 2025/26 besteht die Ausbildung für Volksschullehrer aus einem dreijährigen Bachelor- und einem zweijährigen Masterstudium, bisher dauerte der Bachelor vier Jahre und der Master ein Jahr. Für Lehrer der Sekundarstufe wird ab 2026/27 ebenfalls auf drei Jahre Bachelor und zwei Jahre Master umgestellt, für sie wird die Ausbildung dadurch ein Jahr kürzer dauern.

Die Masterstudien sollen künftig besser berufsbegleitend studiert werden können, betonte der QSR-Vorsitzende Andreas Schnider. Der Umbau werde insgesamt dazu führen, dass Junglehrer früher in die Praxis eingebettet werden, wobei die Begleitung durch Mentoren und die Reflexion in

Lehrveranstaltungen eine wichtige Rolle spielen werden. Beim berufsbegleitenden Master wird es laut Karl auch um eine gute Abstimmung zwischen PH und Bildungsdirektion gehen, damit den Junglehrern genug Zeit für beide Tätigkeiten bleibt. Und sie müssten außerdem darauf achten, an welchen Standorten die Junglehrer unterrichten und ihr Mentoring bekommen sollen, betonte Richard Schulz-Kolland, Leiter des Pflichtschulclusters St. Michael. Dann könne man auch die Belastung an den einzelnen Schulen verringern und finde genug Lehrer, die sich als Mentoren zur Verfügung stellen.

riß/wim

APA0170 2024-10-16/12:04

161204 Okt 24